

WIR SIND NICHT ALLE GLEICH

Fiskalischer Wettbewerb sichert ein günstiges Preis-Leistungsverhältnis für staatliche Leistungen. Schuldenbremsen stellen sicher, dass jedes Land die Folgen seiner Finanzpolitik selber trägt.



Wenn ein Land die Steuern für die eigene Bevölkerung nicht senken kann, hat es auch keinen Anreiz zum Sparen.

Wir sind nicht alle gleich. Auf dem Land herrschen ganz andere Verhältnisse als in der Stadt. In Vorarlberg und Kärnten ist anderes wichtig als in Wien und Oberösterreich. Deshalb sollte die Politik immer nahe beim Bürger sein. Je nach Reichweite der Aufgaben gibt es eine natürliche Arbeitsteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollen im Zweifelsfall die öffentlichen Leistungen dezentral vor Ort und näher beim Bürger erledigt werden. Damit steigt auch der Einfluss der Bürger auf die Politik. Die Demokratie in Vorarlberg nimmt jedenfalls nicht

zu, wenn alles nur in Wien entschieden wird.

KEIN ANREIZ ZUM SPAREN

Die Politik handelt in unserem Auftrag und muss an allen Hebeln drehen können. Zwei große Reformen sind notwendig. Erstens braucht es eine Kompetenzentflechtung. Wie kann ein Landeshauptmann Politik machen, wenn ihm alle möglichen anderen Stellen dreinreden und so die Entscheidungen blockieren? Zweitens braucht es eine Steuerautonomie der Länder und Gemeinden. Wie kann eine Gemeinde ein großes Projekt verwirklichen, wenn

sie die Einnahmen nicht beschaffen kann? Welchen Anreiz hat ein Land zum Sparen, wenn sie die Steuern nicht separat für die eigene Bevölkerung senken kann? Heute ist die einzig sinnvolle Strategie, die zugewiesenen Einnahmen bis zum letzten Cent auszugeben und nachher zum Finanzminister zu rennen, um höhere Steueranteile zu fordern. Sieht so ein Anreiz zur Sparsamkeit aus? Politiker, die gegen Steuerautonomie sind, wollen nur die Hälfte ihrer Verantwortung wahrnehmen. Sie wollen nur mit großen Ausgaben glänzen, aber nicht für eine schonende Steuerbelastung kämpfen.

Wir haben sie gewählt, aber sie streiken.

WETTBEWERB DER REGIONEN

Wir erwarten ein Preis-Leistungsverhältnis auch beim Staat. Die lokale Politik soll nicht nur mit attraktiven Leistungen, sondern auch mit einer attraktiven Steuerbelastung punkten. Das würde einen fiskalischen Wettbewerb zwischen den Regionen auslösen. Dürfen souveräne Bürger nicht die Leistungen und die Steuerbelastung mit anderen Regionen vergleichen, die es möglicherweise besser machen? Ohne Steuerwettbewerb will sich die Politik nur mit großzügigen Ausgaben profilieren. Aber ein Ausgabenwettbewerb nach oben braucht einen Steuerwettbewerb nach unten, damit das Preis-Leistungsverhältnis stimmt.

Ein fiskalischer Wettbewerb braucht Leitplanken, eine griffige Schuldenbremse und einen Finanzausgleich.

WAS WIRD WIE UMVERTEILT?

Im Finanzausgleich zahlen reiche Regionen ein und arme erhalten Zuschüsse. Die Einzahlungen bremsen die reichen Länder und die Auszahlungen unterstützen die ärmeren. Das fördert die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse. Der heutige Finanzausgleich ist jedoch intransparent und nicht nachvollziehbar, so dass weder Bürger noch Politik wirklich wissen, in welche Richtung und wieviel umverteilt wird.

GRIFFIGE SCHULDENBREMSE

Eine griffige Schuldenbremse verhindert Fehlentwicklungen. Sie bremst weniger in der Rezession und umso schärfer im Boom. Sie lässt auch eine Verschuldung für langfristige Investitionen zu, verbunden mit einem klaren Rückzahlungsplan. So kann die Belastung über die Zeit gestreckt werden, damit sich künftige Nutzer auch an den Kosten beteiligen. Eine Schuldenbrem-

se muss klare Folgen haben. Wird sie verletzt, kommt es zu automatischen Steuererhöhungen und Land bzw. Gemeinde werden unter Aufsicht gestellt. Sie muss sicherstellen, dass jedes Land und jede Gemeinde die Konsequenzen seiner Entscheidungen selber trägt. Zuerst mit großen Ausgaben zu glänzen und nachher andere zahlen zu lassen, darf nicht möglich sein.

DER AUTOR



Christian Keuschnigg ist Professor für Nationalökonomie an der Universität St. Gallen und leitet das Wirtschaftspolitische Zentrum in Wien. Mehr Informationen auf www.wpz-fgn.com.